



Protokoll kantonaler Parteitag Sozialdemokratische Partei Kanton Solothurn vom 19. August 2023 im Schulhaus Grossbühl in Rodersdorf, 14.00 – 16.00 Uhr

Stimmberechtigte im Saal: 46
Absolutes Mehr: 24



Geschäftsliste

1. Eröffnung des Parteitages

2. Bestellung des Wahlbüros/Stimmenzähler:innen

3. Genehmigung der Geschäftsliste

4. Genehmigung des Parteitags-Protokoll vom 26. April 2023

5. Präsentation Kriminalstatistik Kanton Solothurn

- Präsentation Thomas Zuber, Kommandant Polizei Kanton Solothurn, «Kriminalstatistik 2022 – Schwerpunkte und Herausforderungen 2023+»

6. Podiumsdiskussion «Sicherheit im Kanton und in der Schweiz»

Podium mit folgenden Gästen

- Franziska Roth, Nationalrätin und Sicherheitspolitikerin
- Susanne Schaffner, Vorsteherin DDI und Polizei Kanton Solothurn
- Nadine Vögeli, Kantonsrätin, Mitglied JUKO und Präsidentin Personalverband Polizei Kanton Solothurn
- Moderation: Peter Moor, Präsident Wahlausschuss Wahlen 2023

7. Rede von Ständeratskandidatin Franziska Roth

8. Parolenfassung Kantonale Abstimmung vom 22. Oktober 2023

- Neubau «Zentralgefängnis Kanton Solothurn (ZGSO)» in Flumenthal/Deitingen; Bewilligung eines Verpflichtungskredites

9. Varia

1. Eröffnung des Parteitages

Hardy Jäggi, Co-Präsident SP Kanton Solothurn, hat das Wort.

Liebe Genossinnen und Genossen

Am 1. August wurden wir vom Präsidenten der SVP Schweiz mit einer Feuerwerkkrakete in den Himmel geschickt. Ihr konntet dies vielleicht in den sozialen Medien lesen. Aber das ist noch nicht das Ende der Geschmacklosigkeit des Wahlkampfes der SVP, sondern in unzähligen Posts werden wir Linke angegriffen und schlechtgemacht. Wir sind schuld an sämtlichen Problemen, die es gibt. Ich habe mir lange über diesen Wahlkampf Gedanken gemacht und ich bin zum Schluss gekommen, dass man wahrscheinlich diese Art von Wahlkampf machen muss, wenn man zu den aktuellen Problemen einfach keine Lösungen hat. Wir von der SP, wir haben dies nicht nötig. Egal, ob es die Kaufkraft, das Klima oder die Gleichstellung ist, wir haben glaubwürdige, seriöse Lösungen bereit. Ich denke, wir hatten schon lange mehr keine so gute Ausgangslage, um das schlussendlich in den Wahlergebnissen auch umsetzen zu können. Steigende Mieten, steigende Krankenkassenprämien, auch sonst wird alles teurer. Wir wissen nicht, ob es eventuell im nächsten Winter eine Versorgungslücke geben wird. Dies sind alles Themen, bei denen wir als glaubwürdig gelten, bei denen wir Lösungen haben. Wir müssen es nur noch umsetzen. Und hier sind wir alle zusammen in diesem Saal gefordert die nächsten zwei Monate einen Effort zu leisten.



Wir müssen alle zusammen unser Umfeld, sei es am Arbeitsplatz, in der Familie, im Verein, egal wo, mobilisieren. Wir müssen diesen Leuten aufzeigen, dass die einzige richtige Wahl im Oktober die SP ist. Ihnen erklären, dass wir seriöse Lösungen haben, dass wir seriös arbeiten und dass wir es nicht nötig haben, unseren politischen Gegner schlecht zu machen. Das müssen wir den Leuten aufzeigen und da bitte ich euch, helft alle mit. Schreibt Leserbriefe, postet in den sozialen Medien, macht mit bei der Basiskampagne und fragt die Kandidatinnen und Kandidaten aus eurem näheren Umfeld, ob ihr ihnen helfen könnt, ob ihr für sie Postkarten schreiben, Flyer verteilen oder Plakate aufhängen könnt. Helft bitte mit und macht den Leuten auch noch eine wichtige Mitteilung. Wenn wir wollen, dass die Bevölkerung des Kantons Solothurn möglichst breit vertreten ist in Bern, dann gibt es bei den Ständeratswahlen neben einem bürgerlichen Mann nur eines, nämlich eine linke Frau. Und auf den Wahlzettel des Ständerats gehört ein einziger Name und das ist Franziska Roth.

Wenn wir dies alles zu den Leuten transportieren können, sie überzeugen und motivieren können, die SP-Liste einzulegen, dann können wir unser Ziel erreichen und ich bin sehr zuversichtlich, dass wir es erreichen können, denn die Vorzeichen waren schon lange nicht mehr so gut. Wir können im Oktober unseren zweiten Nationalratssitz zurückerobern und wir können unsere Ständeratssitze verteidigen. Dazu braucht es uns alle, packen wir es an. Der Parteitag ist eröffnet.

2. Bestellung des Wahlbüros/Stimmzähler:innen

Nadine Vögeli informiert, dass das Präsidium beantragt für diesen Parteitag keine Personen für das Wahlbüro/Stimmzähler:innen zu wählen, da keine bestrittenen Vorlagen zur Abstimmung gelangen. Sollte dies beim entsprechenden Traktandum dennoch notwendig sein, würden wir dann dies nachholen. Der Antrag wird stillschweigend zur Kenntnis genommen.

3. Genehmigung der Geschäftsliste

Nadine Vögeli stellt die Geschäftsliste zur Diskussion. Zu diesem Antrag gibt es keine Wortmeldungen.

Beschluss

Die Geschäftsliste für den Parteitag vom 19. August 2023 wird einstimmig genehmigt.

4. Genehmigung des Parteitag-Protokolls vom 26. April 2023

Nadine Vögeli stellt das Protokoll des Parteitags vom 26. April 2023 zur Diskussion. Das Protokoll ist aufgelegt und auch auf der Homepage abrufbar. Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Beschluss

Das Protokoll des Parteitags vom 26. April 2023 wird einstimmig genehmigt.

5. Präsentation Kriminalstatistik Kanton Solothurn

Präsentation Thomas Zuber, Kommandant Polizei Kanton Solothurn, «Kriminalstatistik 2022 – Schwerpunkte und Herausforderungen 2023+»

Thomas Zuber, Kommandant Polizei Kanton Solothurn, hat das Wort.

Geschätzte Teilnehmende des Parteitags, ich finde es sehr wichtig euch nicht nur über die Statistik, sondern auch über die Herausforderungen zu informieren. Wichtig ist auch aufzuzeigen, dass wir im Kanton Solothurn eine gute Ausgangslage haben. Wir haben städtische Regionen, wir haben ländliche Regionen. Wir sind auf der Hauptverkehrsachse und teilweise auf dem Wasser. Es ist sehr vielfältig. Deshalb ist auch das Korps vielfältig und auch die entsprechenden Aufgaben. Da der Kanton Solothurn sehr verzettelt ist, werden relativ grosse personelle Ressourcen gebraucht. Und was auch interessant ist, dass wir einer der Kantone sind, der sehr breit aufgestellt ist mit 16 Standorten. Wenn wir die Aufgaben genauer anschauen, sind wir Tag und Nacht im Einsatz. Wir patrouillieren mit mehreren Patrouillen im ganzen Kanton. Wir haben in den Regionen und in den Städten Patrouillen. Eine Frage an das Publikum. Was braucht es heute, damit eine Patrouille, zwei Mitarbeitende, 24 Stunden 365 Tage unterwegs sein können? Inzwischen sind es 17 Personen. Dies betrifft die Schreibarbeiten,



Ferien, Weiter- und Ausbildungen. Und wenn es am Ende der Schicht einen Unfall gibt, dann muss man diese Extrameile noch machen und dann gibt es beispielsweise einen 10-11 Stunden Tag, je nachdem wie lange es dauert bis der Unfall aufgenommen wurde. Wir rechnen heute mit der neuen zweijährigen Ausbildung und den daraus entstehenden neuen Anforderungen mit ca. 17 Personen. Noch eine weitere interessante Zahl. Die Laufleistung unserer Fahrzeuge liegt bei 3 Millionen Kilometern.

Dabei haben wir verschiedene innovative Sachen, wie die Jugendpolizei oder das kantonale Bedrohungsmanagement. Ein weiterer innovativer Punkt ist, dass wir im Jahr 2000 neben den St. Gallern das erste Korps gewesen sind, welches eine Alarmzentrale inklusive Feuerwehr, Sanität und Polizei errichtet hat. Eine Zentrale für drei Blaulichtorganisationen. Dessen Mitarbeiter müssen ca. 60 Anwendungen beherrschen, Einsatzleitsystem, Geodaten und Verkehrsbeeinflussung und es hat insgesamt 106 Monitore in dieser Alarmzentrale.

Wir erhalten ca. 800 Anrufe pro Tag und haben ungefähr 72 Aufgebote der Polizei sowie plus/minus fünf von Seiten der Feuerwehr. Wenn wir Hinweise erhalten aus der Bevölkerung oder von Gemeindepräsidenten oder selbst entsprechende Analysen machen, reagieren wir. Wir haben 230 Brennpunkte, die wir über die normale Patrouillentätigkeit hin regelmässig anfahren. Es geht darum, dass wir eine gewisse Präsenz markieren. Solche Brennpunkte sind keine Gefahrenorte, aber es sind gewisse «Unwohlorter», bei denen man ein Vermittlungsverhalten an den Tag legt. Dies machen wir vor allem in Zusammenarbeit mit den Gemeinden. In der gleichen Patrouillentätigkeit geht es dann unter Umständen auch um Kontrollen. Wir haben im Jahr rund 10'000 Kontrollen. Das sind keine Ermittlungen, sondern diese entstehen hauptsächlich aus Hinweisen aus der Bevölkerung. Dies macht den grössten Teil aus. Wir haben pro Jahr ca. 1500 Anhaltungen. Das sind nicht nur Festnahmen, sondern beispielsweise auch, wenn jemand seine Identität zeigen und diese abgeklärt werden muss.

Grundsätzlich haben wir im Kanton ca. 1'500 Verkehrsunfälle und wir versuchen mit unseren 10'000 Verkehrskontrollen, den Verkehr einigermaßen im Griff zu behalten. Es ist für mich ein Anliegen das Fahrer im alkoholisierten Zustand oder unter Drogen, bevor ein Unfall geschieht, von der Strasse genommen werden können. Diese Unfälle haben zugenommen. Die Chance, dass man erwischt wird, ist offenbar immer noch zu klein. 16'000 Schüler:innen haben wir in der Verkehrserziehung. Wir wollen auch immer wieder reagieren auf neue Entwicklungen. So werden wir aktuell in den Schulen sensibilisieren betreffend der Situation der E-Trottinets. Grundsätzlich sind wir bis in die Berufsschulen unterwegs, dort insbesondere betreffend der Raserprävention.

Wir haben im Kanton Solothurn 45'000 registrierte Waffen. Es sind ca. 10'000 Personen, die eine Waffe besitzen. Hinsichtlich der Gefahrenabwehr dürfen wir auch in diesem Bereich nachschauen, ob diese Waffen sicher aufbewahrt sind.

Unsere Aufträge sind enorm. Das sind Zustellungen, Amtshilfe, Ermittlungsaufträge, Vorführungen. Wir haben 48'000 Anzeigen pro Jahr. Dann müssen die Einvernahmen geführt und die entsprechenden Berichte geschrieben werden. Das realistische Berufsbild ist heute leider so, dass der Polizist heute mindestens 2/3 seiner Arbeitszeit im Büro verbringt. Es wird deshalb auch immer schwieriger, die Leute im Boot zu behalten, da sie draussen im Kontakt mit den Leuten arbeiten wollen.

Das Jahr 2022 war ein schwieriges Jahr. Nach den beiden Corona Jahren 2020 und 2021, in denen ein Abwärtstrend festgestellt werden konnte, ist es jetzt im Jahr 2022 wieder sehr angestiegen, insbesondere bei den Vermögensdelikten, bei den Einbrüchen und Diebstählen. So hat beispielsweise der E-Bike Diebstahl enorm zugenommen. Wir sehen auch jetzt im Jahr 2023 keinen Rückgang, sondern eher eine Fortsetzung der Entwicklung aus dem Jahr 2022.

In gewissen Bereichen kann man sicher mit mehr Prävention arbeiten. Die Schwierigkeit liegt auch darin, dass wir in Sachen Kriminalitätsbelastung auf dem 3. Platz aller Kantone liegen und im Bereich der Polizeidichte auf dem 19. Platz. Es stellt sich die Frage mit welchen Ressourcen wir die Probleme angehen wollen. Trotz dieser Zahlen fühlt sich die Solothurner Bevölkerung sicher, wie durch diverse Studien bestätigt wurde. Speziell schauen wir auch mit den Gemeinden, dass die Zusammenarbeit gut funktioniert, ebenfalls mit den Asylbehörden betreffend der Zusammenarbeit beim Bundesasylzentrum in Deitingen. Wenn man vor Ort ist und Präsenz zeigt und die Anliegen ernst nimmt, hilft das. Ebenfalls versuchen wir mit unseren begrenzten Mitteln Schwerpunkte zu setzen.

Die Herausforderungen sind gross. Wir haben wenig Ressourcen für Prävention und Präsenz. Die Fallzahlen und die Komplexität nehmen zu. Wichtig für uns ist die Präsenz im öffentlichen Raum. So haben wir uns ein Schwerpunktthema gesetzt, dass wir vermehrt die Regionalzüge im Auge behalten. Weiter ist es wichtig, dass wir das Bewusstsein schaffen, dass es nötig ist, die organisierte Kriminalität zu bekämpfen. Da man diese häufig kaum sieht, ist dies gar nicht so einfach. Wichtig ist für uns, dass wir die ausgebildeten Mitarbeiter auch im Korps halten können über längere Zeit. Die Belastung ist hoch mit Schichtarbeit, Picket und Wochenendarbeit. Das sind Punkte, die nicht so attraktiv sind. Homeoffice ist bei uns schwierig. Wenn man mehr finanzielle Mittel hätte, könnten wir mehr Leute anstellen und die Arbeit auf mehr Schultern verteilen, was für die Mitarbeiter auch attraktiver wäre. Wenn sich 200 Personen bewerben, nehmen wir schlussendlich jeweils pro Jahr 20 Bewerbende. Wir konnten diese Hürde behalten. Es ist mir wichtig, dass ich Mitarbeitende habe, die diese «Extrameile» gehen, Polizist:innen, die auf Augenhöhe und mit gesundem Menschenverstand handeln.

Wenn wir die Ressourcen haben, dann wird auch etwas geleistet. Wir haben zum Beispiel vor kurzem einen Fahndungs- und Aktionsdienst aufgebaut. Ein weiterer Erfolg ist, dass wir gute Auszubildende finden konnten. Betreffend dem Trend stellen wir leider fest, dass die Deliktzahlen weiter zunehmen. Gerne gehe ich jetzt auf Fragen ein.

Hans Bieri, SP Solothurn

Sie haben von einer «Extrameile» gesprochen. Was verstehen sie darunter?

Thomas Zuber: Ich verstehe darunter, dass wir heute Leute brauchen, die bereit sind auch Schichtarbeit zu machen, die bereits sind auch mal Überzeit zu machen. Wenn ein Unfall 30 Minuten vor Schichtende passiert, dann dauert die Schicht 1.5 Stunden länger als normal. Dann muss man dies machen. Bei der Brandserie im Wasseramt habe ich pro Wochenende 100 Personen benötigt. Ich musste niemanden zwingen, alle haben sich freiwillig gemeldet. Das verstehe ich unter dem Begriff «Extrameile».

Evelyn Gmurczyk, SP Solothurn

Wie stark verankert ist die Mafia in unserem Kanton und schätzungsweise über den Daumen, wie viele Beizen funktionieren dank der Mafia?

Thomas Zuber: Das ist ein spannendes Thema. Es ist sehr schwer zu erkennen. Dafür benötigen wir entsprechend gesetzliche Grundlagen, dass man bei den verdächtigen Beizen nachschauen darf. Wichtig ist, dass wir die ebenfalls betroffenen Stellen dafür sensibilisieren, Migrationsamt, Amt für Wirtschaft und Arbeit oder die Lebensmittelkontrolle, damit man die entsprechenden Betriebe, bei denen man Hinweise hat, auch überprüft.

Tobias Aebischer, SP Grenchen

Werden die administrativen Arbeiten auch aufgeteilt in verschiedene Berufsbilder oder gibt es einfach den Standardpolizisten?

Thomas Zuber: Die Spezialisierung wird weiter zunehmen. Der Patrouilleur oder die Patrouilleurin, das ist kaum zu glauben, was diese heute alles können müssen. Der Beruf ist

attraktiv, weil er vielfältig ist, aber der Aus- und Weiterbildungsteil muss noch grösser werden. Wir haben bereits gewisse Spezialisierungen, aber noch nicht bei der Erstintervention.

Lukas Häberli, SP Recherswil

Wie viel der Arbeit des Polizisten, die am Schreibtisch stattfindet, könnte man theoretisch auslagern, dass dies nicht ein Polizist macht, sondern jemand anders?

Thomas Zuber: Wo wir bereits begonnen haben ist, dass wir nun auch polizeiliche Sicherheitsassistenten haben. Bereits verschiedene Korps haben dies. Diese Personen machen Zustellungen, sie sind auch in den Gemeinden beim niederschweligen Präsenzmarkieren dabei. Da können wir eine gewisse Segmentierung machen. Wir haben als eines der ersten Korps zivile Mitarbeiter:innen am Schalther. Jeder Polizeiposten hat zivile Mitarbeiter:innen beim Schalther. Hoheitliche Aufgaben, die können wir jedoch nicht outsourcen.

Jörg von Arx, SP Olten

Mein Bild der Polizei ist, dass die Polizei den Reichtum der Reichen, das heisst der Oberklasse schützt. In letzter Zeit ist es auch vermehrt dazu gekommen, dass Umweltschutz kriminalisiert wird. Wie wird diese Ideologie gelehrt?

Thomas Zuber: Sie wird gar nicht gelehrt. Man ist ein Jahr in der Polizeischule in Hitzkirch. Grundsätzlich ist die Basis der polizeilichen Arbeit die Gesetze. Im zweiten Jahr ist man dann das ganze Jahr in einem Praktikum innerhalb eines Korps und muss dann auch entsprechende Reflexions- und Erfahrungsberichte schreiben. Es wird im zweiten Jahr viel mehr als früher darauf geachtet, Einsätze zu reflektieren und auch die Verarbeitung zu thematisieren. Ich sehe es nicht so, dass das Polizeikorps des Kantons Solothurn ideologisch geprägt würde. Letztlich sind es die Gesetze, die wir vollziehen und umsetzen. Wir versuchen prioritär dort, wo es Gefahren gibt für Leib und Leben, Einfluss zu nehmen. Wir haben nicht die Ressourcen, um andere grossen Dinge intensiv zu bekämpfen.

Karin Kälin, SP Rodersdorf

Wie ist die Zusammenarbeit mit dem Kanton Baselland und wie ist die Zusammenarbeit mit den elsässischen Behörden im Polizeibereich?

Thomas Zuber: Mit dem Kanton Baselland ist die Zusammenarbeit sehr gut. Hierzu haben wir die Alarmzentrale. Diejenige Patrouille, die am nächsten ist, die kommt. Mit Frankreich ist es etwas schwieriger. Ich rate keinem Polizisten oder keiner Polizistin eine Nacheile über die Grenze. Da muss man zuerst in Frankreich oder in Paris anrufen. Uns ist es wichtig die Patrouillenpräsenz auch im Dorneck-Thierstein durchführen zu können. Deshalb setzen wir hier auch mehr Personen ein, als für die Bearbeitung der Anzeigen nötig wäre.

6. Podiumsdiskussion «Sicherheit im Kanton und in der Schweiz»

Podium mit folgenden Gästen

- Franziska Roth, Nationalrätin und Sicherheitspolitikerin
- Susanne Schaffner, Vorsteherin DDI und Polizei Kanton Solothurn
- Nadine Vögeli, Kantonsrätin, Mitglied JUKO und Präsidentin Personalverband Polizei Kanton Solothurn
- Moderation: Peter Moor, Präsident Wahlausschuss Wahlen 2023

Peter Moor:

Ich war etwas erstaunt, als ich gehört habe, dass der Parteitag dem Thema Sicherheit gewidmet wird, weil ich dachte, dass dies eigentlich nicht unser Kerngeschäft ist. Aber wir haben gemerkt unsere Leute interessiert das und es ist vermutlich gut auch aufzuzeigen, was unsere Vorstellung von Sicherheit ist. Haben wir möglicherweise einen anderen Blick auf

dieses Thema? Spannend ist auch, dass alle drei Spitzenpolitikerinnen unserer Partei ganz konkret mit Sicherheit zu tun haben, nämlich Susanne Schaffner, unsere Regierungsrätin. Sie ist Vorsteherin des Departements des Innern. Sie ist zuständig für die Polizei und für den Justizvollzug. Franziska Roth, unsere Nationalrätin, ist Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrats und gilt in unserem Land als Sicherheitsexpertin. Nadine Vögeli, die Co-Präsidentin unserer Partei und Kantonsrätin, ist Präsidentin des Personalverbands Polizei Kanton Solothurn. Bevor wir auf die verschiedenen Dimensionen von Sicherheit eingehen, möchte ich von euch dreien einfach ganz persönlich wissen, was für dich persönlich Sicherheit ist?

Franziska Roth: Die wichtigste Sicherheit ist für mich die gesicherten Grundwerte, ein Dach über dem Kopf, eine Arbeit, der ich nachgehen kann, ein soziales Umfeld und ein Rechtsstaat, der mich dann auch respektiert, wenn ich die Regeln nicht einhalte. Die zweite Sicherheit ist für mich die Sicherheit, die ich im Umfeld der Schweiz mit unseren Partnerländer haben muss, damit ich sicher in unserem Land leben kann.

Susanne Schaffer: Ganz persönlich ist für mich Sicherheit, wenn ich mich wohl fühle in meiner Umgebung, wenn ich keine Gefahrenorte habe. Ganz wichtig für mich und die Bevölkerung ist, dass man sich an die Regeln hält und darauf vertrauen kann, dass man sich an die Regeln hält. Dazu gehört, dass man Vertrauen hat, dass die Regeln auch durchgesetzt werden durch die Polizei. Es gibt eine objektive und eine subjektive Sicherheit.

Nadine Vögeli: Für mich wichtig ist auch die subjektive Wahrnehmung von Sicherheit. Wenn ich am Abend zu Fuss nach Hause gehe, fühle ich mich nicht immer sicher. Aber wichtig ist auch die Sicherheit der funktionierenden Institutionen in der Schweiz, beispielsweise des Rechtsstaats. Wir haben eine funktionierende Polizei, die nicht korrupt ist, ein funktionierendes Justizsystem. Das macht für mich einen grossen Teil der Sicherheit aus. Zur Sicherheit gehört für mich aber auch ein gutes Sozialwesen und ein funktionierendes Gesundheitssystem.

Peter Moor: Sprechen wir zuerst über die innere Sicherheit. Wir haben gehört der Kanton Solothurn hat anscheinend eine vergleichsweise hohe Kriminalitätsrate und eine vergleichsweise tiefe Polizisten-, Polizistinnendichte. Nadine du vertrittst diesen Berufsstand. Möchtest du mehr Polizistinnen und Polizisten?

Nadine Vögeli: Ja, ich möchte mehr. Wir haben unsere Regierungsrätin im Kantonsrat unterstützt mehr Polizistinnen und Polizisten einzustellen. Das Globalbudget wurde dann jedoch von bürgerlicher Seite gekürzt. Die Auswirkungen sehen wir natürlich. Ich sehe dies im Polizeiverband. Der Druck ist gross. Sie müssen viel arbeiten, es sind strenge Schichten. Die Schichtarbeit ist ein Thema. Die Arbeit verteilt sich auf weniger Leute. Wenn die Polizei zu wenig Ressourcen hat, dann muss sie zuerst das machen, was im delegierten Bereich ist. Das heisst Verbrechen aufklären, die bereits geschehen sind. Sie hat dann keine Ressourcen für Prävention. Gerade als Sozialdemokratischer Sicht bin ich ganz klar dafür, dass die Prävention verstärkt werden kann, damit nicht nur Repression möglich ist. Dies trägt dann auch wieder zum objektiven und subjektiven Gefühl der Sicherheit bei.

Susanne Schaffner: In meinem Departement ist nicht nur die Polizei angesiedelt, sondern auch die soziale Sicherheit. Für mich steht die Prävention an vorderster Stelle. Sie hat in der Sozialarbeit aber auch in der Polizeitätigkeit eine wichtige Rolle und die kommt zu kurz, wenn wir zu wenig Personal haben. Die Verbrechensaufklärung muss die Polizei machen, diese Ressourcen sind gebunden. Wir haben einen grosse Anspruch in meinem Departement, dass wir auch im Bereich Prävention sehr viel leisten können. Dazu gehört auch, dass man mit anderen Ämtern, Departementen und Gemeinden zusammenarbeitet. Dies kommt häufig viel zu kurz und wird, wenn es um Ressourcen geht, häufig ausgeblendet. Es gibt eine neue Studie, die besagt, je mehr Belastung die Polizistinnen und Polizisten haben, umso mehr sind sie gestresst und umso mehr passieren Sachen, die man normalerweise anders machen würde. Ich bin öfters in der Polizeischule. Die Schülerinnen und Schüler sind alles sehr motivierte Personen, die an unsere Demokratie und an unsere Institutionen glauben. Sie brauchen die Voraussetzungen, um ihre Arbeit auch gut machen zu können.

Peter Moor: Im Kanton Solothurn dürfen nur Schweizer Bürgerinnen oder Bürger Polizistin oder Polizist werden. Wäre es nicht schlau, man würde anderen Personen diesen Zugang auch ermöglichen, wie beispielsweise im Kanton Basel-Stadt?

Susanne Schaffner: Ich bin offen dafür, politisch ist dies aber von bürgerlicher Seite nicht erwünscht. Wir haben aber eine sehr diverse Polizei, Frauen sowie Personen mit Migrationshintergrund. Ich sehe hier kein Problem.

Franziska Roth: Ein ganz klares Ja. Die Sicherheit ist nicht abhängig vom Pass, den wir haben. In der Polizeischule werden gute Assessments gemacht. Die Menschen, die hier arbeiten und leben sollen diesen Beruf auch ergreifen dürfen.

Peter Moor: Vor allem Grosskriminelle mit schweren, komplizierten Delikten kommen gut aus der Situation, weil es ihre Anwälte erreichen die Prozesse so lange zu verzögern, dass die wesentlichen Delikte verjährt sind. Wir haben nicht nur ein Personalproblem bei der Polizei, sondern scheinbar auch bei den Gerichten. Wo liegt denn nun das Problem wirklich?

Nadine Vögeli: Wenn wir sagen, dass es mehr Polizistinnen und Polizisten benötigt, sagen die Bürgerlichen, dass dann auch die Staatsanwaltschaft sowie die Gerichte mehr Personal benötigen würden. Es ist nicht so, dass wenn wir wenig Polizei haben, dass wir dann wenig Kriminalität haben. Das geht nicht auf. Die Delikte haben wir so oder so. Was vor allem auf der Strecke bleibt, bei zu wenig Ressourcen, ist die Prävention. Ja, wenn wir mehr Polizistinnen und Polizisten haben, werden mehr Delikte aufgedeckt, aber es können auch Delikte verhindert werden.

Peter Moor: Das Anliegen wäre es ja schon, dass die grossen Fische im Gefängnis landen?

Susanne Schaffner: Die organisierte Kriminalität muss man möglichst früh erkennen. Da ist die Polizei auch auf Hinweise aus der Bevölkerung angewiesen. Je früher man solche Mächenschaften erkennt, desto eher kann man die Personen dingfest machen. Wir hatten beispielsweise die Thematik mit den Glücksspielen in Olten. Dort wurde vernetzt agiert. Leider werden am Schluss häufig die kleinen Fische gehängt, da die Grossen im Ausland sind und die Fäden von dort ziehen.

Peter Moor: Im nationalen Parlament wurde die Strafprozessordnung überarbeitet. Anscheinend sei die Anwaltslobby sehr stark und das bedeutet eher Täterschutz?

Franziska Roth: Die Lobby ist ein Problem, obwohl ich sie nicht grundsätzlich missen möchte. Man müsste nur schauen, wie sie vertreten ist in denjenigen Gremien, die die Gesetze machen. Auch beim Geldwäschereigesetz hat es einen sehr unschönen Kompromiss gegeben.

Susanne Schaffner: Ich habe mich auch im Rahmen dieser Revision sehr stark für die Opferrechte eingesetzt. Ich bin aber überhaupt nicht durchgedrungen. Es ist offensichtlich einfacher für die Täterseite ihre Rechte durchzusetzen. Das Verständnis dafür, dass wir für die Opfer schauen müssen, das ist auf eidgenössischer Ebene noch nicht so vorhanden.

Peter Moor: Vor 40 Jahren war unser Slogan «Frieden schaffen, ohne Waffen». Was ist eigentlich davorgeblieben?

Franziska Roth: Ich finde immer noch, das ist unsere Kernaufgabe und das ist übrigens auch die Kernaufgabe der Armee. Die Armee hat drei Kernaufgaben. Sie hat einen Friedensauftrag zu erfüllen, für Frieden im Ausland zu sorgen und uns zu schützen, wenn etwas Unvorhergesehenes passiert oder wenn ein Krieg kommt. Durch diesen grässlichen Angriffskrieg von Russland auf die Ukraine gibt es eine Zeitenwende. Das heisst nicht, dass man alles über den Haufen werfen muss. Aber man kann nicht einfach sagen, man unterstützt nicht.

Täglich sterben Menschen in der Ukraine, man muss reagieren. Aber nach wie vor muss man sich weiterhin einsetzen, um Frieden zu stiften und für Kooperationen.

Susanne Schaffner: Ich habe einen ganz anderen Ansatz. Ich sehe einfach, dass wir mitten in Europa sind. Ich möchte, dass wir uns etwas mehr sehen als ein Europa des Friedens. Wir sind ein Teil Europas und Europa muss sich finden.

Nadine Vögeli: Niemand hier spricht sich für Waffengewalt aus. Wir haben diesen Krieg und können nicht einfach zuschauen. Das Leisten von humanitärer Hilfe reicht nicht aus. Wir müssen in diesem Verbund mit anderen Staaten schauen, wie unsere Rolle sein soll. Wir können uns nicht einfach zurückziehen und uns nicht klar äussern.

Franziska Roth: Wer in dieser Situation nichts macht, der unterstützt den Aggressor. Wir sind mitten in Europa. Wir sind geschützt durch die NATO und geschützt durch die EU-Länder und so benehmen wir uns auch, so als müssten wir nichts dazu beitragen, dass an den Ausgengrenzen wirklich Sicherheit und Frieden wieder hergestellt werden kann. Es ist zurzeit ein Trauerspiel. Wir nehmen nicht Einsitz in der internationalen Taskforce betreffend der Oligarchengelder, unsere finanzielle Unterstützung ist pro Kopf gerechnet hinter Malta. Wir machen uns ein ums andere Mal unmöglich in dieser Diskussion.



Peter Moor: Die Schweizer Armee hat diese Woche ihre Aufrüstungsideen vorgestellt. Was soll denn das?

Franziska Roth: Dass die Armee, ohne zuerst mit dem Bundesrat und der sicherheitspolitischen Kommission zu diskutieren, ihren Wunschzettel präsentiert, finde ich bedenklich. Unsere Spezialisten haben mir bestätigt, dass man mit bis zu 100 Milliarden Franken rechnen muss, da die Armee die Betriebskosten bei ihren Zahlen nicht mit einberechnet hat. Wir können uns dies nicht leisten für ein Szenario, welches nachweislich auch durch den Bundesrat sowie den sicherheitspolitischen Bericht bestätigt, eines der letzten Szenarios ist, mit dem wir rechnen müssen. Es ist hochbedenklich, was hier an der Politik vorbei passiert, und das wird ein Nachspiel haben.

Peter Moor: Wir möchten uns im folgenden Teil der sozialen Sicherheit widmen. Susanne, du hast in deinem Departement die Polizei und du hast die Armen.

Susanne Schaffner: Soziale Sicherheit ist sehr umfassend. Zur sozialen Sicherheit gehört auch der Bereich Migration dazu. Wir investieren sehr viel in die Soziale Sicherheit, denn Unzufriedenheit und Gewalt entsteht auch dann, wenn man sich von der Gesellschaft nicht integriert und akzeptiert fühlt. Da müssen wir Schwerpunkte setzen. Deshalb finde ich es besonders enttäuschend, wenn ich dann auf Bundesebene sehe, wo der Schwerpunkt der finanziellen Ressourcen gesetzt wird.

Nadine Vögeli: Es geht um Bildung und um Integration. Wir sehen aktuell in Frankreich schon seit Monaten, was passiert, wenn wir Menschen nicht integrieren, wenn sie keine Aussicht auf ein gutes Leben haben, wenn sie keine Ausbildung, keinen Job und dadurch auch kein Geld haben in dieser Konsumgesellschaft, in der man nichts ist, wenn man nichts leistet. Ich kann verstehen, dass dies Frustration auslöst. Das heisst nicht, dass ich es gut-heisse, wenn man straffällig wird, aber es bedeutet eben, dass man genau dort hinschauen muss. Dies beginnt bereits bei der frühen Förderung eines Kindes.

Susanne Schaffner: Bildung und soziale Sicherheit das gehört bei uns im Kanton zusammen, einfach in verschiedenen Departementen. Bildung beginnt vor der Schule, in der frühen Förderung. Dort haben wir jetzt versucht einen wichtigen Schritt zu machen, denn Bildung und soziale Integration beginnen mit der Sprache. Sie hat eine wichtige Funktion. Wir sind jedoch darauf angewiesen, dass dieses Bewusstsein auch in den Gemeinden vorhanden ist.

Peter Moor: Welches Manko im Bereich der Prävention müssten wir sofort angehen?

Franziska Roth: Prävention ist für mich, wenn ich eine sichere Struktur habe, wenn ich ein soziales Netzwerk habe und wenn ich als Mensch in meinem Umfeld getragen werde. Es gibt diesen schönen Spruch: Man hat ein Kind gefragt, ob es auch asylsuchende Kinder im Kindergarten gibt. Dann hat das Kind geantwortet, dass es nur Kinder habe im Kindergarten. Das funktioniert übrigens auch bei Kindern mit Beeinträchtigungen.

Susanne Schaffner: Politisch sollte Prävention zur Selbstverständlichkeit werden. Das Problem an der Prävention ist, dass man die Auswirkungen nicht unmittelbar messen kann. Für mich wäre es schön, wenn man sofort erkennen würde, dass die Prävention das Wichtigste ist. Dann hätten wir auch weniger Kriminalität, davon bin ich überzeugt. Das Verständnis dafür fehlt mir leider zu wenig. Hier könnte man sofort handeln.

Nadine Vögeli: Das Schlagwort ist Chancengleichheit und die beginnt sehr früh, bei der Bildung, bei der Betreuung, bei funktionierenden Strukturen, dass alle eingebunden sind, und alle gleiche Möglichkeiten haben sich einzubringen, sich zu entfalten, zu lernen und etwas aus sich zu machen. Aber es kostet etwas, aber wir geben das Geld leider heute für die Folgen aus.

Peter Moor: Die SP kann Sicherheit. Ganz herzlichen Dank Susanne Schaffner, Franziska Roth und Nadine Vögeli.

7. Rede von Ständeratskandidatin Franziska Roth

Franziska Roth, Nationalrätin SP Kanton Solothurn, hat das Wort.

Als ich wie so oft, nach einer engagierten Arbeit mir in der Kaffeehalle in Solothurn ein belegtes Brötli holen wollte, sprach mich von hinten ein älterer Mann an und meinte er traue sich eigentlich nie Politikerinnen und Politiker anzusprechen, die man im Fernseher sieht. Und heute, wo man nicht mehr wisse ob man guten Tag Herr.... oder Frau... sagen darf. Aber ich denke, sie sind noch "eifach gnue" dass ich sie ansprechen darf. Er berichtete dann von der starken finanziellen Belastung, die er als AHV-Rentner und EL-Bezüger hat und dass er

schon froh sei, wenn wir in Bern für die kleinen Einkommen auch schauen. Er sei kein SP'ler, aber er wolle es mir einfach sagen.

Oder mitten in Zürich grüsste ein Mann und meinte: Hopp Frau Roth weiter so in Sachen Ukraine. Er sei aus dem Kanton Solothurn und sei froh hätte ich hier Haare auf den Zähnen. Aber er würde mich nur zähneknirschend wählen, da ich ja eine Rote sei. Und letzte Woche bei Schulbeginn im Schulhaus im Thal kam ein Mädchen auf mich zu und meinte: Frou Roth mi Brueder isch bir Junge SVP und be dir i dr Klass, aber gäu das isch dir gliich, du hüufsch au däm obwou i dr SP bisch.

Der Alltag einer Politikerin ist ein Fundus an Anekdoten. Ich hätte noch viele Musterli zu erzählen. Kein Tag vergeht, ohne dass es zu lachen, zu staunen aber auch Grenzen zu ziehen gibt. Mein Alltag ist neben Sachgeschäften auch geprägt vom Bauchgefühl und Instinkt, genauso wie vom Sachverstand angeeignet mit Dossiers, die ich zu studieren habe und dann in den Dialog treten will mit den anderen Parteien.

Oder einfach gesagt: Gleichzeitig das Herz auf der Zunge zu tragen und dabei den Kopf einzuschalten. Das ist ganz wichtig in meiner Arbeit. Der Philosoph Watzlawick sagte „Man kann nicht nicht kommunizieren“. Ähnlich lässt sich sagen „Man kann nicht nicht politisieren“. Aber man kann schlecht politisieren, man kann ungenügend zuhören, fahrlässig handeln oder oberflächlich die Sache studieren und dann mit einem kleinen Drücken auf den Knopf einen Fehler machen. Aber auch wenn ich schlecht politisiere. Politisieren lässt sich durch nichts verhindern, denn wenn wir nicht an die Urne gehen, stärken wir diejenigen, die gehen. Das nimmt uns alle in die Pflicht. Wir alle müssen politisieren.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wir wissen, wie wir Inhalte überbringen, wie wir reden oder wann wir zu schweigen haben oder ob wir überhaupt zu schweigen haben. Das ist zentral für die Arbeit am runden Tisch. Und ebenfalls wissen wir, dass wir uns auch immer fragen müssen: Wie wurden wir politisiert? Was machten unsere ehemaligen Sozis gut und was machten sie eventuell schlecht?

In jeder Partei, die seit Jahren unser Land mitregiert, wie sie auch sein mag, gibt es positive Aspekte. Und wir dürfen darauf hoffen, dass diese Aspekte dazu führen, dass sie den Wunsch wecken, es selbst besser zu machen. Vielleicht führt eine gute Politik nicht immer zu guten Ergebnissen. Aber niemand wird mich davon überzeugen, dass eine verdummende Kultur, die man immer mehr auf Twitter oder auf X sieht oder ein unsolidarischer Entscheid mich zur Pessimistin machen soll. Positiv denkendes und Lebens bejahendes beinhaltet für mich immer, das Glas halb voll sehen. Das hält meine Geister wach und hält mein Herz offen. Und wollen wir uns mit unserem scharfsinnigen Blick auf die Inhalte unserer Politik konzentrieren, so kommen wir einfach nicht darum herum in die Gassen und in den Strassen, positiv auf die Leute zuzugehen. Wir sind nicht zum Selbstzweck gewählt, wir in Bundesbern, wir im Kantonsrat, wir im Gemeinderat. Es gilt uns immer wieder das demokratische Bewusstsein sowie die moralischen Werte zu vergegenwärtigen, egal wie stark die Kritik der anderen oder die Versuchung ist, sich vor eine Kamera zu begeben oder in ein Mikrofon zu reden, weil es einem so gut tut sich im Fernsehen zu sehen. Unsere Aufgabe ist es den Menschen zuzuhören und dann in den Dialog zu treten. Und immer dabei das Glas halb voll sehen. Eine Politik der Hoffnung, eine Politik der Empathie müssen wir an den Tag legen. Wir Politikerinnen und Politiker müssen wieder vermehrt miteinander reden, bevor wir einander die Meinung gesagt haben. Denn reden beinhaltet zuhören wollen.

Politisieren ist nichts für Feiglinge und Angsthasen. Aber auch nichts für Könige und Prinzessinnen. Politisieren heisst, an die Fähigkeiten des Gegners zu glauben. Ich darf in unserem System nicht sagen, mit der oder dem Gewählten rede ich nicht.

Der Schlüsselbegriff dabei ist die Menschlichkeit. Zyniker könnten jetzt einwerfen, dass jeder von uns als Mensch geboren wird. Ihm werfe ich entgegen, dass Menschlichkeit nicht in die

Wiege gelegt wird. Und füge hinzu, dass man Menschlichkeit erst durch die Chance erlangt, das Verhalten anderer Menschen zu erleben, direkt und mit allen Sinnen also live und nicht social medial zu erleben und nachzuvollziehen. Dazu gehört Streit oder auch mal eines auf das Dach zu kriegen. Fernando Savater, ein Philosoph aus Spanien, schrieb: «Der Sinn des menschlichen Lebens liegt im Austausch von Einsichten, und zwar unterschiedlichster Art.» Dieses Zitat hat er für uns Lehrerinnen und Lehrer in der Ausbildung geschrieben, dass wir bewusst zuhören und unterschiedliche Meinungen akzeptieren. Das ist nichts anderes als das, was wir Politikerinnen und Politiker, wir Genossinnen und Genossen auf den Strassen machen müssen. Nur eine empathische Politik kann die Gesellschaft nachhaltig durch die Krisen navigieren.

Eine Frau setzte sich im Zug von Bern nach Solothurn neben mich. Sie hatte eine kognitive Beeinträchtigung. Vis à vis sass ein älteres Ehepaar. Der Mann war blind und hatte einen Langstock. Die Frau neben mir berichtete von ihrer Arbeit und ich hörte zu und frage nach. Sie bekomme nur 2 Fr. pro Stunde in der geschützten Werkstatt. Das sei halt schon etwas wenig und sie wolle ja auch Ferien machen aber mit der Rente reiche das so nicht. Sie sagte dann: Aber ich habe es ja gut im Leben und darf selbst wohnen. Wir redeten dann weiter bis Biberist. Dort stand das Ehepaar auf und der Mann drückte der jungen Frau eine 20er Note in die Hand und sagte das ist für sie, weil sie es so gut machen im Leben. Die Frau neben mir mit der kognitiven Beeinträchtigung sagte dann: Jöh das ist doch nicht nötig, aber ich sage danke. Dann schaute sie mich an und der Mann war noch dort und sagte, 20 Franken sind ja nicht viel, aber man muss dankbar sein im Leben. Der Mann mit dem Langstock und die Frau schmunzelten und ich war sehr berührt.

Gerade in einer Zeit, in der unsere Welt Gefahr läuft, in abgeschottete, hoch intellektuelle Gettos zu zerfallen – also in Diskussionen und JUSOS verzeiht mir in denen nur Frauen von Frauen verstanden werden können, Schwarze nur von Schwarzen, Weisse nur von Weissen – wo kulturelle Aneignung in meinen Augen ad absurdum geführt wird, weil mein Kollege sich plötzlich schämt mit seinen Rastas aufzutreten und das Bauchgefühl, das Herz auf der Zunge tragen, als gefährlichste Waffe gegen die politische Korrektheit deklariert wird, wird die Besinnung auf die gemeinsame Menschlichkeit aller Individuen grundlegend. Nicht noch mehr Schubladen machen, sondern ein Mensch ist ein Mensch. Mein höchstes Gefühl an Glück empfinde ich dann, wenn ich es geschafft habe, dass wir den Menschen in Bundesbern im Zentrum sehen.

In der Sozialdemokratischen Politik dürfen wir uns darum nicht mit dem Spatz in der Hand begnügen, wenn wir Gesetze machen. Wir müssen auch die Taube auf dem Dach auf unsere Schulter holen. Von selbst kommt die Taube nicht. Wir können dazu beitragen mit ernsthaften Diskussionen. Dazu gehört der Dialog.

Meine Aufgabe als Politikerin ist es, egal welche Geschichte ein Mensch mit sich bringt, zuzuhören und ernst zu nehmen. Meine Aufgabe ist es für alle die Bundesverfassung zu verteidigen und für alle Menschen die Teilhabe zu gewähren. Die Frau im Zug von der ich erzählt habe, sie ist die Fachfrau für Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen. Mit ihr muss ich reden.

Am Dienstag war ich an einer Sitzung mit einem Brigadier. Ich wollte mich über die militärische Friedensförderung kundiger machen, die einer der drei Aufgaben der Armee ist. In einer Zeit, wo die Schweiz sich abschottet und Rosinen pickt, suche ich mit Fachleuten nach Möglichkeiten, unsere Solidarität zu gewährleisten und unseren Ruf im Ausland zu verbessern. Er ist die Fachperson für Friedenspolitik. Es ist spannend und es funktioniert nur mit gut zuhören und einem anschliessenden fairen Dialog, auch mit einem Brigadier.

Am Montag hatte ich ein Gespräch mit dem kantonalen Präsidenten von Gastro Solothurn und am Donnerstag besuchte ich einen Hof, der energetisch ziemlich autark wirtschaftet und am Freitag gratulierte ich der Kindertagesstätte Lorenzen zu ihrem 100-jährigen Bestehen.

Vorher hörte ich mir bei einem Telefonat die Sorgen und Mühen einer Firma an, die stark vom europäischen Binnenmarkt und somit von einer nachvollziehbaren und umsetzbaren Regelung abhängig ist. Das sind Fachleute für Service Public, für Energie und familienergänzende Bildung und Betreuung und für eine nachhaltige Wirtschaft im Kanton Solothurn. Das sind Fachleute für unsere Schweiz. Ich muss ihnen zuhören, um meine Arbeit in Bern richtig machen zu können.

Ihr kennt mich, ich bin eine Realpolitikerin, also brauche ich für gute Lösungen auch Verbündete, respektive Mehrheiten. Mir geht es um die Wirkung und nicht um den Schein. Mir geht es ums Handeln, Umsetzen und Anpacken. Als Nationalrätin und hoffentlich jetzt dann als Ständerätin in Bern beeinflusse ich für euch und für unseren Kanton Gesetze im Sinne unserer gemeinsamen Werte.

Ich bin immer bereit die Hand auszustrecken, aber nur mit dem Ziel mehr Frieden, mehr Gerechtigkeit und mehr Solidarität zu erreichen. Wer hätte gedacht, dass wir heute immer noch über den grässlichen Angriffskrieg in Europa reden müssen? Doch er betrifft unsere Sicherheit und vor allem unseren sozialen Frieden mehr als die Rechten Politiker:innen meinen. Wir können und wir wollen nicht zuschauen, wie unschuldige Menschen grundlos attackiert, verletzt und getötet werden, wie ganze Infrastrukturen, Spitäler, Schulen, Kraftwerke zerbombt werden. Die Angegriffenen, nicht der Angreifer, sind die Fachleute, um Frieden herzustellen in einem Krieg. Die Haltung der Schweiz im Ukrainekrieg hat uns in der EU und der UNO viel Sympathie gekostet.

Auf den Schweizer Banken liegen laut einer Schätzung der Bankiervereinigung Vermögen russischer Staatsbürger:innen im Umfang von 150 bis 200 Milliarden Franken. Da sind die bisher eingefrorenen 8 Milliarden gerade lächerlich. Wir müssen dort ansetzen, wo es weh tut. Die restlichen 192 Milliarden gehören auch eingefroren. Und wir müssen selbst viel mehr leisten: Die Schweiz ist laut den neusten Daten das Schlusslicht in Europa, wenn es um Solidarität geht.

Wir verstecken uns immer und immer wieder. Wann hat der Bundesrat Notrecht für Menschen mit Behinderung, für Workingpoor oder für Arme ausgerufen? Noch nie und dass, obwohl in der Schweiz einer von sechs Menschen von Armut bedroht ist.

Ihr seht ich habe ein paar Themen herausgepickt, die mich beschäftigen. Ich stehe nicht nur im Wahljahr auf eurer Seite und auf der Seite der Menschen im Kanton Solothurn und der Schweiz. Ich vertrete dauernd und mit all meiner Kraft die Interessen der Arbeitnehmer:innen und setze mich auch im Bundeshaus für Menschen ein, die pflegen, die unsere Kinder betreuen und ausbilden, die Waren transportieren, die ihre Hände für unsere Produkte schmutzig machen und ihre Körper bei Schwerarbeit in Hitze, Kälte und Staub belasten.

Es darf in der Schweiz keine Menschen geben, die im ständigen Mangel leben, deren Kinder deswegen miserable Startchancen haben, was sich ihr ganzes Leben lang rächt. Die Schweiz darf das nicht zulassen.

Bittsteller:in zu sein für Sozialhilfe oder Ergänzungsleistungen ist mittlerweile auch in der Schweiz ein sehr schwerer Gang. Der Zugang zur finanziellen Unterstützung wird von den Bürgerlichen laufend erschwert. Die Hürden sind zu gross. Für viele ist es ein Spiessrutenlauf. Viele Menschen, die ein Recht auf EL oder Sozialhilfe hätten, gehen aus Scham nicht aufs Amt. Und andere, die gehen, bleiben beim zweiten Mal fern, weil sie es so unsäglich kompliziert oder es eine grosse Überforderung ist, sich im Dschungel der Dokumente zurecht zu finden. Dabei wäre es so einfach: Wer 100% arbeitet, soll davon leben können, auch in der Rente. Dafür haben wir unsere Mindestlohninitiative, die wir so schnell wie möglich einreichen wollen.

Ja, Politik ist nicht konsumierbar, nur machbar. Im Nationalrat stelle ich seit 2019 die Menschen und die Sicherheit ins Zentrum. Ich arbeite für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen, faire Löhne, starke Bildung, psychische Gesundheit und eine solidarische Schweiz innerhalb Europas.

Ich komme zum Schluss, ich weiss, einige von Euch, die mir bei der 1. Augustrede zugehört haben, kennen meine kleine Anekdote. Aber sie passt so gut, dass ich sie zum Schluss bringen muss: Kurz vor den Sommerferien ging ich mit einer 3. Klasse in die Badi. Ich stand am Bassinrand und sagte: „Puh Kinder, ich habe kalt!“ Da sagte der Junge der Schwinger ist, voller Selbstsicherheit: „Chömet zu mir Frou Roth, ig nime si i Schwitzchaschte!“

Eine meiner grössten Herausforderungen ist, dass ich mich weiterhin am Einfachen orientieren kann, damit ich die vielen komplizierten Sachverhalte sozial und menschlich verstehen und mitgestalten kann und selbst ins Schwitzen komme, und nicht durch den Schwitzkasten. Als Nachfolgerin unseres Ständerats Roberto Zanetti traue ich mir dies zu. Seine Fusstapfen sind sehr gross, dafür sind wir ihm und allen bisherigen Solothurner sozialdemokratischen Ständeräten dankbar. Die Fusstapfen aller Solothurner SP-Ständeräte sind nämlich allesamt grösser als meine 38. Die SP ist seit 1943 (mit einem 12-jährigen Unterbruch) im Ständerat vertreten. Dies mit gutem Grund. Der Kanton Solothurn hat viel von diesen linken Stimmen aus dem Solothurnischen profitiert. Wenn es sein muss, spannt man auch zusammen. Ich habe bewiesen, gerade als Sicherheitspolitikerin, dass ich Kompromisse schmieden kann. Denn Erfolge erreicht man nur mit Mehrheiten und somit mit den Bürgerlichen zusammen. Ich bin bereit als zweite Frau nach Rosemarie Simmen unseren schönen Kanton im Ständerat zu vertreten.

Ich bitte euch Genossinnen und Genossen nehmt uns in Bundesbern alle in den Schwitzkasten. Packt uns ohne Angst und mit einer grossen Portion Bauchgefühl und vor allem mit viel Humor am sinnbildlichen Kragen, den wir Politikerinnen und Politikern sind wie alle hier einfach Menschen. Herzlichen Dank.

8. Parolenfassung Kantonale Abstimmung 22. Oktober

- **Neubau «Zentralgefängnis Kanton Solothurn (ZGSO)» in Flumenthal/Deitingen; Bewilligung eines Verpflichtungskredites.**

Nadine Vögeli, Co-Präsidentin SP Kanton Solothurn, hat das Wort.

Es geht nun um die Parolenfassung zur Abstimmung zum Neubau Zentralgefängnis und dem entsprechenden Verpflichtungskredit. Seit Ende 2012 laufen Abklärungen zu verschiedenen Varianten eines neuen Untersuchungsgefängnisses. Im Moment haben wir ein Untersuchungsgefängnis in Solothurn und eines in Olten und beide sind ziemlich in die Jahre gekommen und entsprechen nicht mehr dem heutigen Standard. Es wurden zwei Varianten diskutiert, ein neues UG ohne Zweigstelle in einem anderen Kantonsteil oder ein neues UG mit einer Zweigstelle in einem anderen Kantonsteil.

Es folgte eine Standortevaluation mit 14 möglichen Standorten, eine Nutzwertanalyse, Wirtschaftlichkeitsberechnungen der beiden Varianten, eine Nutzungsplanung inkl. Raumplanungsbericht, und es gab Einsprachen, die behandelt werden mussten. Nun liegt das Vorprojekt vor. Wir haben dies im Kantonsrat behandelt.

Es soll ein neues Zentralgefängnis im Schachen in Deitingen mit 130 Haftplätzen, erweiterbar auf 150 Plätze geben. Es ist ein Zentralgefängnis geplant, ohne Zweigstelle. Diese Variante ist über 20% günstiger als mit zwei Standorten. Die Anforderungen an einen zeitgemässen Vollzug, sowie Anforderungen der Zutrittsberechtigten Dritten, Straf- und Migrationsbehörden, sind berücksichtigt und können nun endlich ermöglicht werden. Verschiedene

Haftregimes können getrennt werden, Einzel-, Gruppenvollzug, Geschlechter, Erwachsene und Jugendliche. Der Verpflichtungskredit in der Höhe von 120 Mio. Franken inklusiv Mehrwertsteuer muss bewilligt werden. Subventionen von über 18 Mio. Franken wurden vom Bundesamt für Justiz in Aussicht gestellt.

Im Kantonsrat erfolgte eine Zustimmung zum Beschlussentwurf mit 64:20 Stimmen bei 9 Enthaltungen. Die SP-Fraktion hat einstimmig zugestimmt. Gegenstimmen kamen mit einer Ausnahme von der SVP, Enthaltungen mit einer Ausnahme von der FDP.

Beschluss

Der Parteitag fasst bei einer Enthaltung die Ja Parole zum Verpflichtungskredit für den Neubau des «Zentralgefängnis Kanton Solothurn» in Flumenthal/Deitingen.



9. Varia

Dario Bellwald, Campaigner SP Kanton Solothurn, hat das Wort.

Ich bin Dario und zusammen mit Michelle Hufschmid für die Basiskampagne der SP im Kanton Solothurn angestellt. Die vor den Sommerferien durchgeführten Politapéros hatten das Ziel unsere Inhalte an die Menschen ausserhalb der Partei zu bringen. Wir hatten dabei sehr viele schöne Begegnungen mit den Kandidierenden und potenziellen Wähler:innen. Diese erste Phase ist jetzt abgeschlossen. Um unsere Ziele bei den kommenden Wahlen erreichen zu können, müssen möglichst viele Personen SP wählen. Hierzu entscheidend ist die Mobilisierung unserer Wähler:innen. Wir haben die Menschen und deren Engagement. Die ganze Basiskampagne beginnt mit dem Einbindungstelefonieren. Hierbei kontaktieren wir unsere Mitglieder systematisch, ob sie Postkarten schreiben, Plakate aufhängen oder beim Telefonieren mithelfen. Dieses Einbindungstelefonieren beginnt bald. Danach findet vor den Wahlen das Wähler:innentelefonieren statt. Hierbei geht es darum die Menschen zu mobilisieren, dass sie an die Urne gehen und auch SP einlegen. Wir wollen Menschen erreichen, die noch nicht Mitglieder sind, aber unserer Partei im Grundsatz nahestehen. Wir freuen uns darauf mit euch zusammen und mit vielen Menschen unterschiedliche Gespräche führen zu können. Gemeinsam können wir unserer Ziele erreichen und ihr könnt euch jederzeit melden, um auch beim Telefonieren mitzuhelfen.

Karin Kälin, Urs Jeker und Sonja Seeholzer, Mitglieder des Vorstands SP Rodersdorf, haben das Wort.

Urs Jeker: Wir drei sind vom Vorstand der SP Rodersdorf. Wir möchten euch ganz herzlich danken, dass ihr den Weg nach Rodersdorf gefunden habt. Es ist der äusserste Zipfel des Kantons Solothurn und auch von der Schweiz. Der Weg zu uns ist sehr weit. Ich höre immer wieder, dass im Kanton die SP-Leute sagen, was ihr habt so viele Mitglieder im kleinen Rodersdorf. Ich weiss nicht, wieso das so ist, aber es ist eine Tatsache, dass wir sehr nach Basel orientiert sind und dass sehr viele Personen hier wohnen, die in einem künstlerischen oder sozialen Beruf tätig sind.



Karin Kälin: Mindestens vier Personen haben mir gesagt, sie seien auf dem Hinweg erschrocken, weil sie plötzlich in Frankreich gelandet sind. Was für uns Tatsache ist, ist vielleicht ein exotisches Erlebnis für euch. Wir haben auch das Glück, dass wenn wir nach Paris wollen, wir nur einmal umsteigen müssen. Eine Persönlichkeit aus der SP hat gesagt, es sei ja schon schnucklig hier, aber hier wohnen? Es wohnt sich sehr gut hier. Unser Dorf ist wirklich links. X-Mal musste das Wahl- und Abstimmungsbüro mit den Unterlagen ins Oberamt, weil man nicht glauben wollte, dass wir so links abgestimmt haben. Was es zu betonen gibt, dass sehr viele tolle Projekte in unserem Dorf entstanden sind: Mittagstisch, es gibt eine Wohngemeinschaft, es gibt das Ladenfest. Danke, dass ihr alle hier seid.

Sonja Seeholzer: Ich möchte euch einladen noch einen Moment hier zu verweilen mit uns und etwas zu trinken und zu essen. Ich danke euch für das Kommen.

Für das Protokoll:

Fabian Müller, 19. August 2023